

# Machtproben im zerrissenen Brasilien

Sven Peterke, João Pessoa

Anderthalb Jahre nach Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva ist Brasilien weiterhin mit der Aufarbeitung und Bewältigung der von Amtsvorgänger Jair Messias Bolsonaro hinterlassenen Brüche und Risse beschäftigt. Ob es dem Land gelingen wird, sich dauerhaft sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich zu stabilisieren, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Von zentraler Bedeutung dürfte neben der Entwicklung der Staatsschulden die Überwindung der Polarisierung sein. Letztere dürfte sich schwieriger gestalten, als sich das manche angesichts der positiven Bilanz des ersten Regierungsjahres erhoffen.

## Remilitarisierung vs. Redemokratisierung

Rückblickend lässt sich Bolsonaros Regentschaft als (vorläufiger) Höhepunkt einer Remilitarisierung Brasiliens einordnen, die um ein Haar in einem Staatsstreich unter maßgeblicher Beteiligung der Streitkräfte geendet wäre. Zwar konnte dieser gerade noch abgewendet werden, doch heißt das nicht, dass dieses Kapitel abgeschlossen ist und keine Rückfallgefahr besteht. Vielmehr wirken immer noch dieselben Interessen und Mechanismen, die den „neuen“ – im brasilianischen Kontext noch dazu neokolonialen – Rechtsradikalismus brandgefährlich machen.

Dies gilt beispielsweise für die in diversen Funktionseliten verbreitete Dämonisierung Lulas als „korrupter Kommunist“

und „Vaterlandsverräter“. Nach wie vor wird dem 78-Jährigen u. a. unterstellt, Brasilien mit Hilfe der organisierten Drogenkriminalität in eine Art sozialistische Narco-Diktatur verwandeln zu wollen – ähnlich dem venezolanischen Machthaber Maduro. Wie tief diese und ähnliche absichtlich gestreuten Ängste und Vorurteile trotz ihrer offenkundigen Falschheit sitzen, dürfte Lula bewusst geworden sein, als im März Meinungsforschungsinstitute eine hohe und dazu noch ansteigende Ablehnung gegenüber seiner Person ermittelten. Er musste feststellen, dass die positive wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Bilanz des ersten Regierungsjahres kaum auf seine Popularität durchzuschlagen vermochte. Prompt änderte Lula seine öffentliche Haltung gegenüber Maduro, den er erstmals wegen des Ausschlusses von Oppositionskräften von den anstehenden Wahlen kritisierte.

Noch viel bitterer mag für Lula aber die Projektion eines technischen Patts mit Bolsonaro gewesen sein, stünden beide neuerlich als Präsidentschaftskandidaten zur Abstimmung. Dabei wurde sein Vorgänger längst mehrfach wegen zahlreicher Verstöße gegen das Wahlgesetz rechtskräftig von den nächsten Urnengängen ausgeschlossen. Wer die brasilianische Tagespresse halbwegs aufmerksam verfolgt, dem dürfte zudem ziemlich klar sein, dass Brasilien vier Jahre lang von einem Kriminellen regiert wurde, der es eben nicht dabei beließ, Impfausweise fälschen zu lassen und Staatseigentum zu unterschlagen. Er betrieb Wahlmanipulation und ließ politische Gegner bespitzeln – und schmiedete schließlich handfeste Putschpläne. Nur: Bolsonaros Anhänger stört das wenig. Sie beziehen „alternative Fakten“ aus den in der Szene populären sozialen Netzwerken.

Dem 69-Jährigen ist nur allzu bewusst, dass er selbst den Mühen der Strafjustiz nur schwerlich entrinnen wird. Das machte sein als „Freundschaftsbesuch“ deklariertes mehrtägiger Aufenthalt in der ungarischen Botschaft deutlich. Von der Öffentlichkeit zunächst unbemerkt, hatte er sich dort über die Karnevalstage einquartiert. Obwohl schwer nachweisbar, wird doch allgemein davon ausgegangen, dass sich Bolsonaro aus Angst vor einer unmittelbar bevorstehenden Festnahme durch die Bundespolizei unter die schützenden Fittiche seines Freundes Viktor Orbán begab. Dieser hatte ihn zuvor als „ehrliehen Patrioten“ bezeichnet und zum Weiterkämpfen aufgefordert.

Bolsonaro hat bereits seinen Reisepass abgeben müssen. Dies geschah auf Anordnung seines Intimfeindes Alexandre de Moraes, Richter am Obersten Bundesgerichtshof. Denn es war Moraes, der als Vorsitzender des Obersten Wahlgerichtshofs maßgeblich dafür gesorgt hatte, dass keine Zweifel am reibungslosen Ablauf der Präsidentschaftswahl aufkamen. Nach derzeitigem Ermittlungsstand sieht es so aus, als hätte der Ex-Militär Moraes' Festnahme nach Verhängung des Ausnahmezustands geplant gehabt.

In der Vorstellungswelt der Bolsonaristas wäre dies eine durchaus Sinn ergebende und den Anschein der Legalität wahrende Maßnahme gewesen, halten sie doch den Obersten Bundesgerichtshof für ein von Lula kontrolliertes Gremium. Die Tatsache, dass dieser kurz nach Amtsantritt seinen ehemaligen Anwalt Cristiano Zanin sowie zu Beginn des laufenden Jahres seinen Justizminister Flávio Dino als Verfassungsrichter durch den Senat boxen und anschließend ernennen konnte, hat diesen Eindruck nur erhärtet.

Kurz vor seinem Abtauchen in der ungarischen Botschaft hatte Bolsonaro noch zu einer Protestkundgebung in São Paulo „zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaats“ aufgerufen. Sie brachte annähernd 200.000 Anhänger auf die Straße. Es handelte sich um eine Demonstration von Bolsonaros ungebrochener politischer Macht. Zugleich diente sie dem Versuch einer perfiden Umkehr der Realität, wie sie un-

längst in vielen Ländern von Rechtsradikalen praktiziert wird. Er, der „Mythos“, der mit seinem Familienclan und seinen Verbündeten unentwegt Hass und Desinformation verbreitet, rief zu nationaler Versöhnung auf. Dabei beteuerte er seine Unschuld und verlangte eine Amnestierung von all denjenigen, die am 8. Januar 2023 in Brasília den Nationalkongress, den Obersten Bundesgerichtshof und den Präsidentenpalast in Schutt und Asche gelegt hatten, um den demokratisch gewählten Präsidenten Lula zu verhindern. Letztlich ging es Bolsonaro um die Herbeiführung eines Rollentauschs in der öffentlichen Wahrnehmung – die Umdeklarierung von Tätern zu Opfern vermeintlich politischer Verfolgung.

## Säkulare Diversifizierung vs. evangelikale Missionierung

Mit dabei auf der Avenida Paulista war einmal mehr der radikal-evangelikale Pastor Silas Malafaia aus Bolsonaros politischem Stammland Rio de Janeiro. Dieser drohte bereits mehrfach dem Obersten Gerichtshof mit „verheerenden Konsequenzen“, sollte der „ausgewählte“ Verteidiger des Vaterlands und Schützer der „traditionellen“ (sprich: heterosexuellen) Familie weggesperrt werden. Malafaia ist nicht nur ein wichtiger Finanzier und Profiteur der rechtsradikalen Bewegung, sondern verkörpert wie kein anderer ihre Durchdringung des religiös-politischen Raumes im (immer weniger) katholischen Brasilien. Seine Botschaft ist eine intolerante und reaktionäre, die mit trivialen, aber vielen Menschen schlüssig erscheinenden Schuldzuschreibungen arbeitet.

Vereinfacht gesprochen beinhaltet sie, dass Autoritäten, soweit sie den Segen seiner Kirche haben – d.h. von Malafaia selbst –, als von Gott eingesetzte Autoritäten nicht in Zweifel zu ziehen sind und dass in Brasilien diejenigen reich und mächtig sind, die es sich durch Frömmigkeit und harte Arbeit verdient haben. Anders gewendet: Wer arm ist, muss die bestehende Gesellschaftsordnung mitsamt ihrer eklatanten sozialen Ungleichheit akzeptieren, kann aber versuchen, sich durch ein sündenfreies und diszipliniertes Leben aus der Misere herausarbeiten – nicht zuletzt durch reiche Spende an die Kirche selbst, die ihn bei seinem spirituellen Krieg gegen Alkohol, Drogen und andere Laster unterstützt. In diesem Weltbild ist beispielsweise für „faule“, weil „unproduktive“ Indigene nur als Missionierungsobjekte Platz. Sie dürfen enteignet werden, wenn sie sich der „frohen Botschaft“ entgegenstellen. Legitimiert werden soziale Ungerechtigkeit sowie die Marginalisierung und rassistische Diskriminierung relevanter Bevölkerungsschichten in einem mühsam säkularisierten Land, das es in vielerlei Hinsicht noch nicht geschafft hat, die Kolonialität der bestehenden Machtstrukturen mitsamt dem dunklen Erbe der Militärdiktatur zu überwinden. Es scheint, als sei es dem Bolsonarismus gelungen, die Gespenster der Vergangenheit heraufzubeschwören und ihnen neues Leben einzuhauchen.

## Rechtsstaatlichkeit vs. Refeudalisierung

Der Fall der im März 2018 brutal in Rio de Janeiro auf offener Straße hingerichteten Linksaktivistin und Politikerin Marielle Franco wirft in erschütternder Weise ein Schlaglicht auf diese oft nur schwierig zu begreifenden und vor allem bängstigen Zusammenhänge.

Dies zunächst deshalb, weil von Anfang an klar war, dass der Mord Auftraggeber hatte. Die jüngsten Enthüllungen und Festnahmen wurden nur möglich, weil die neue Regierung



unter Lula Druck machte, bis schließlich die Bundespolizei in jene Zirkel vorzudringen vermochte, die mit guten Gründen annehmen dürfen, faktisch über dem Gesetz zu stehen. Aufgrund ihres finanziellen und politischen Einflusses sind diese als *homens fortes* bezeichneten Personen nämlich oftmals in der Lage, sich ihre Straflosigkeit durch Manipulation der Justiz zu erkaufen oder zu erpressen. Offenkundig stand Franco den Geschäftsinteressen lokaler Politiker und Unternehmer entgegen, die im Verbund mit den parapolizeilichen Milizen in der Mehrheit der rund 1.000 Favelas mit ihren über zwei Millionen Einwohnern das Sagen haben.

Diese sind nicht selten Tatort allerhand schmutziger Geschäfte auf dem Rücken der Ärmsten, denen die Milizen neben „Sicherheitsabgaben“ und „Nutzungsgebühren“ auch ihre Wahlstimmen abverlangen. Da dies alles (für Europäer) mittelalterlich anmutet, sprechen Wissenschaftler auch von einer Re- oder Neofeudalisierung der Gesellschaft. Zugleich stellen die Ursprünge der heutigen Milizen jene Todesschwadronen dar, die während der Militärdiktatur (1964-1985) politisch unliebsame „Elemente“ unbestraft aus dem Weg räumten. Sie wurden schließlich in ein lukratives Herrschaftsmodell integriert, das sich weitgehend dem Zugriff des staatlichen Gewaltmonopols zu entziehen vermag. Illegale Immobiliengeschäfte und Korruption verbinden diese Gruppen zunehmend mit geldgierigen Politikern und Unternehmern. Insoweit ist der Aufstieg der Milizen als wichtiger Bestandteil des beschriebenen Remilitarisierungsprozesses aufzufassen.

## Fiktives Gewaltmonopol vs. faktisches Gewaltoligopol

Der springende Punkt ist aber, dass diese Art von organisierter Kriminalität – im Sinne von parastaatlichen oder parallelen Regierungsformen ohne demokratische Legitimation und rechtsstaatliche Einhegung – keineswegs auf Rio de Janeiro begrenzt ist. Es kann in verschiedenen Spielarten auch in anderen Metropolen sowie im ländlichen Raum bzw. im Amazonasgebiet beobachtet werden – mal mit und mal ohne Involvierung des illegalen Drogenhandels.

Von Lula ist der Spruch bekannt, er wisse, dass er zwar an der Regierung sei, aber nicht an der Macht. Es darf davon ausgegangen werden, dass dem ehemaligen Gewerkschaftsführer und gläubigen Katholiken, der in bitterer Armut aufwuchs und die politischen Kräfteverhältnisse seines Landes wie kein Zweiter kennt, nur allzu klar ist, wie weit er mit seiner progressiv-transformativen Politik angesichts dieser Realitäten gehen kann. Es erklärt auch, warum Lula selbst ärgste Widersacher freundschaftlich zu umarmen pflegt, merkwürdig anmutende Allianzen mit suspekten Spitzenpolitikern einget – und es tunlichst unterlässt, auf Konfrontationskurs mit den „Unantastbaren“ im Bau- oder Agrarsektor oder etwa führenden Militärs zu gehen.

Die Rolle Letzterer muss angesichts der jüngsten Vorkommnisse differenziert betrachtet werden. Offenkundig scheiterte Bolsonaros Vorhaben eines Staatsstreichs nämlich vor allem daran, dass führende Mitglieder der Streitkräfte dieses Abenteuer nicht mitmachen wollten. Nicht unerheblich für diese scheinbar heroische Haltung dürfte neben der fehlenden Geschlossenheit der Militärs und der mangelnden gesellschaftlichen Akzeptanz für einen Putsch aber auch gewesen sein, dass sie – anders als 1964 – aufgrund der Präsidentschaft Joe Bidens keine Rückendeckung aus den USA bekamen. Lula weiß dies zu schätzen, will sich und Brasilien aber auch nicht zu ewigem Dank verpflichteten Vasallen machen.

Zwar wird er es nicht wagen, sich offen mit den Militärs anzulegen und beispielsweise ihre teuren Pfründe und Pri-

vilegien in Frage zu stellen. Lula zog es sogar vor, die von einigen Ministerien geplanten Staatsakte zum Gedenken an die verheerenden Konsequenzen des Militärputsches vor 60 Jahren zu unterbinden. Dabei wurde er selbst unter der Militärdiktatur als Gewerkschaftsführer politisch verfolgt und inhaftiert. Seine Strategie besteht vielmehr darin, den Militärs von anderen klarere Grenzen ziehen zu lassen, was zukünftige Ausflüge und Einmischungen in die Politik betrifft.

Ein entsprechendes Gesetzesvorhaben wird bereits im Nationalkongress diskutiert. Hinzu kommt, dass der Oberste Gerichtshof Anfang April den Streitkräften einstimmig das Recht absprach, die in der Verfassung genannte „moderierende Rolle“ als Interventionstitel auszulegen. Zudem wird derzeit das Amnestiegesetz aus dem Jahr 1979, das nach wie vor namentlich bekannte Folterer vor Strafverfolgung schützt, neuerlich vor den Gerichten verhandelt.

Fakt bleibt: Brasilien ist das einzige Land in Südamerika, in dem noch kein Militär für die während der Diktatur begangenen Verbrechen strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen wurde. Ob das Land angesichts dieser Aufarbeitungslücke in der Lage ist, sich dauerhaft vom Damoklesschwert eines Militärputsches zu befreien, wird nicht zu Unrecht kritisch beurteilt. Ob die laufenden Strafprozesse wegen der demokratiegefährdenden Ereignisse im Zusammenhang mit dem 8. Januar 2023 einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung solcher Rückfallerscheinungen zu leisten vermögen, bleibt abzuwarten.

Von den USA vermutet Lula wohl nicht zu Unrecht, dass sie an seiner 580-tägigen Inhaftierung wegen angeblicher Korruption ihren Anteil hatten. Die im Nachhinein als rechtswidrig entlarvte Maßnahme ebnete wiederum Bolsonaro und seiner Mischpoke den Weg ins Präsidentenamt. Lulas Freispruch durch den Obersten Gerichtshof erging erst, als Bolsonaro bereits im Palácio Planalto residierte. Zwar steht außer Zweifel, dass es während Lulas erster und zweiter Präsidentschaft (2002-2010) Korruption in Regierung, Nationalkongress und den Staatsunternehmen unter Beteiligung fast aller Parteien gab. Doch liegen ebenfalls Indizien dafür vor, dass die USA bei der „Operation Geldwäsche“ ihre Finger mit im Spiel hatten.

Letztlich war es die politische Instrumentalisierung der Korruptionsbekämpfung, die rechtspopulistisch ausgenutzt wurde, um Lulas Arbeiterpartei PT aus der Regierung zu drängen und ihn selbst von den Wahlen auszuschließen. Mehr noch: Sie führte zu einer geostrategischen Schwächung Brasiliens. Die Schlüsselindustrien des damals im Aufstieg begriffenen Schwellenlandes – insbesondere seine Öl- und Bauindustrie – wurden an den Rand des Zusammenbruchs prozessiert und Hunderttausende von Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrängt. Die Hauptschuld blieb aber zunächst am vermeintlich „korrupten Kommunisten“ und „Vaterlandsverrätern“ und seiner PT hängen.

## Reindustrialisierung vs. Schuldenfalle

Lula will es erneut schaffen, den Hunger und die Armut zu besiegen, die Millionen von Brasilianerinnen und Brasilianer entwürdigten. Die bisherigen Ergebnisse seiner diesbezüglichen Bemühungen können sich sehen lassen. Armut und Arbeitslosigkeit gehen zurück, ausländische Investoren sehen Brasilien wieder als attraktiven Markt. Darüber hinaus möchte der Sozialdemokrat ein gerechteres und tolerantes Brasilien hinterlassen, das stolz ist auf seine Diversität und dessen Souveränität international respektiert wird. Mit der brüchigen Mehrheit, über die er dank einer Allianz mit den bürgerlich-demokratischen Kräften im Nationalkongress verfügt, betreibt er hierfür eine orthodoxe marktfreundliche Wirtschaftspolitik, um das Land zu reindustrialisieren und wieder wettbewerbsfähig zu machen.

Es lässt sich trefflich darüber streiten, ob die gewählten Mittel den gewünschten Erfolg zeitigen werden. Fest steht nur, dass ohne dauerhaftes und signifikantes Wirtschaftswachstum der Staat unter den gegebenen Umständen weder nennenswert in die defizitäre Infrastruktur noch in wirtschafts- oder sozialpolitische Projekte investieren kann. Lulas Regierung ist es zudem ab diesem Jahr haushaltsrechtlich untersagt, neue Schulden aufzunehmen – im Gegenteil, sie sollen zukünftig sogar durch die Erwirtschaftung von Überschüssen abgebaut werden. Derweil bestehen erhebliche Zweifel daran, ob sich diese Ziele einhalten lassen. Somit steht der wirtschaftliche Aufschwung auf brüchigen Füßen – und hiermit zugleich Lulas Regierung (sfähigkeit). Er muss also sehr umsichtig und vorsichtig vorgehen, will er dem Fiskus neue Steuereinnahmen (z. B. durch die Einführung einer „Reichen-Steuer“) beschern oder Einsparungen durchsetzen.

Unterstützt wird er bei diesem Balanceakt von seinem Finanzminister Dr. Fernando Haddad. Dieser zieht offenbar gemeinsam an einem Strang mit Vizepräsident und Industrieminister Dr. Geraldo Alckmin sowie Wirtschaftsministerin Simone Tebet. Alle drei sind mögliche Nachfolger Lulas, aber nur Haddad ist Parteigenosse. Der 61-Jährige verhängte jedoch bereits zu Jahresbeginn eine Haushaltssperre in Milliardenhöhe. Sein Haus stellte zudem klar, dass es 2024 keine Gehaltserhöhungen im öffentlichen Dienst geben werde. Streiks sind bereits im Gange. Die Austeritätspolitik dürfte Haddad vor allem innerhalb der Arbeiterpartei Popularität gekostet haben. Gleichzeitig versucht die Opposition im Nationalkongress kostspielige Gesetze zu verabschieden, um der Regierung den Vorwurf mangelnder Haushaltsdisziplin machen zu können. Zu diesen Vorhaben gehört beispielsweise eine kräftige Anhebung der ohnehin hoch dotierten Gehälter in der Justiz, deren Repräsentanten sich hierdurch politisch mobilisieren lassen. Für die Linke bleibt es eine traumatische Erfahrung, dass Präsidentin Dilma Rousseff 2016 offiziell ihres Amtes wegen Verstoßes gegen haushaltsrechtliche Vorgaben enthoben wurde. Zuvor hatte sie es angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage abgelehnt, den gut bezahlten Justizbeamten die Gehälter zu erhöhen.

## Lula vs. Bolsonaro

Nicht von ungefähr wird Volkstribun Lula unermüdlich von seiner eigenen Partei dazu aufgefordert, für eine weitere Amtszeit zur Verfügung zu stehen. Tatsächlich verfügt nicht nur die brasilianische Rechte, sondern auch die Linke über einen „Messias“ bzw. „Mythos“. Mit fast 80 ist Lula aber in die Jahre gekommen. Er ist ein lebendes Denkmal für Brasiliens holperigen Weg aus der Militärdiktatur hin zu einem demokratischen Sozialstaat. Sein Ausscheiden aus der Politik ist für manche – nach all den Jahrzehnten, die er sowohl in der Opposition als auch in der Regierung prägte – schlicht undenkbar. Indes trat sein Freund Pepe Mujica in Uruguay mit 80 Jahren gerade noch rechtzeitig unter Wertschätzung seiner Verdienste für das Land vom Präsidentenamt ab. Lula gilt vielen Mitstreitern und Sympathisanten als ein Fels in der Brandung vorerst nicht abebben wollender autoritärer neoliberaler Aspirationen.

Nun ist es aber auch Lula selbst, der aus vorgenannten Gründen polarisierend wirkt und insoweit die nationale Aussöhnung nicht unerheblich behindert. Brasiliens Dilemma besteht darin, dass Lula derzeit der Einzige ist, der eine Transition hin zu stabileren Verhältnissen unter demokratischen Vorzeichen zu managen vermag, andererseits diesem Prozess zugleich als Hass- und Reizfigur relevanter Bevölkerungsteile im Wege steht.

Unterdessen scheint die radikalisierte Rechte auch ohne

einen Präsidenten namens Jair Messias Bolsonaro eine Zukunft zu haben. Dem ehemaligen Staatsoberhaupt dürfte vor allem die Funktion zukommen, sich als zu Unrecht Gekreuzigter, d. h. politisch Verfolgter zu stilisieren, damit das ideologische Projekt, für das er steht, vorangetrieben werden kann.

Vieles deutet darauf hin, dass seine junge und erzevangelikale Frau Michelle (Jahrgang 1982) an der Seite des „Law & Order“-Gouverneurs des Landes São Paulo, Tarcisio Freitas de Freitas (Jahrgang 1975) bei den nächsten Präsidentschaftswahlen antreten könnte. Freitas ist katholisch, hat sich aber erkennbar den Evangelikalen angenähert, um unter Verwendung ausgefeilter Rhetorik im Fahrtwasser Jair Bolsonaros schwimmen zu können. Der könnte in dieser Konstellation als „treuer Ehemann“ und „politisches Vorbild“ (mit)regieren und Einfluss nehmen – von wo aus auch immer, falls nötig, begnadigt.

## Moraes vs. Musk

Unterstützt wird sein Lager jüngst auch von Elon Musk, der den Verfassungsrichter Alexandre Moraes u. a. der Zensur und politisch motivierter Verfolgung bezichtigt. Moraes hatte zunächst die Sperrung verschiedener Benutzerkonten auf Musks Online-Plattform X wegen Missbrauchs der Meinungsfreiheit angeordnet. Hintergrund bildeten Ermittlungen gegen „digitale Milizen“ wegen absichtlicher Verbreitung von Falschinformationen sowie die Involvierung verschiedener Klienten in die Vorkommnisse vom 8. Januar 2023. Als sich Musk darüber beschwerte, reagierte Moraes mit der Einleitung eines Untersuchungsverfahrens gegen den Multimilliardär. Ob diese Maßnahme rechtlich wasserdicht und vor allem verhältnismäßig war, erscheint fraglich. Prompt reagierte Musk, indem er den Rücktritt Moraes´ oder seine Amtshebung forderte. Man stelle sich die Reaktionen vor, wenn dies in Deutschland gegenüber einem Verfassungsrichter geschehen wäre.

Während vor allem im linken Lager, das Moraes bereits ebenfalls der Zensur bezichtigt hat, heftiger Applaus erschallte, sieht sich das rechtsradikale Lager in der Einschätzung gerechtfertigt, dass der Oberste Gerichtshof den Rechtsstaat gefährdet und Brasilien zu einer „Justizdiktatur“ verkommen ist. Deutlich wurde dies bei einer Protestkundgebung an der Copacabana am 21. April, auf der Bolsonaro und Malafaia den Ton unter Berufung auf „Freiheitskämpfer“ Musk verschärfen. Insoweit stehen die Zeichen wieder auf Sturm bzw. Stürmung.

Unterdessen kursieren im Nationalkongress verschiedene Gesetzesprojekte, deren offenkundiges Ziel es ist, Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs entweder auszuhebeln oder zu unterminieren – so z. B. im Hinblick auf die Entkriminalisierung von Cannabis. Diese Machtspiele können als weiterer Beleg dafür betrachtet werden, dass Brasilien noch weit davon entfernt ist, zu jenem mühsam austarierten institutionellen Gleichgewicht zurückzufinden, das vor der Regentschaft Bolsonaros bestand.

Die im Oktober anstehenden Kommunalwahlen wie auch der Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA werden weiteren Aufschluss darüber geben, welche Transitionen Brasilien in naher Zukunft bevorstehen. Es ist kein Zufall, dass es Trump wie auch Bolsonaro tunlichst vermeiden, ihre Niederlagen bei den zurückliegenden Wahlen einzugestehen.

*Dr. Sven Peterke ist Jura-Professor an der Universidade Federal da Paraíba (UFPB).*



Foto: Norbert Suchanek